

BLVN Aktuell

Informationen für unsere Mitglieder

Nr. 46

Juli 2014

1. Vorstand im BLVN-Ortsverband Meppen formiert sich neu

25 Personen nahmen an der diesjährigen Mitgliederversammlung des BLVN-Ortsverbandes Meppen teil. Im öffentlichen Teil referierte der **Landesvorsitzende Heinz Ameskamp** über die Ausbildungssituation in Niedersachsen. Als Versammlungsleiter bedankte sich Wolfgang Albers beim bisherigen Vorstand um den Vorsitzenden Ulrich Bentlage und dem Kassenwart Karl-Heinz Nowak für die engagierte Arbeit im Ortsverband, insbesondere nach der Verschmelzung von BLBS und VLAEH sowie der Fusion der beiden berufsbildenden Schulen vor Ort zur BBS Meppen. Bei den Neuwahlen zum Vorstand wurden folgende Mitglieder einstimmig gewählt: **Dieter Voges (1. Vorsitzender), Wolfgang Albers (2. Vorsitzender, gewerbliche Fachrichtungen), Peter Wieting (2. Vorsitzender, land- und hauswirtschaftliche Fachrichtungen), Hans Becker (Kasse) und Theo Gerken (Senioren)**. Die Veranstaltung fand einen geselligen Ausklang mit einem gemeinsamen Spargelesen. (Dr. Over)

Wir wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg bei seiner Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen der BBS Meppen!

2. BLVN-Grundsatzkommission

Die BLVN-Grundsatzkommission hat ihre Arbeit an dem Grundsatzprogramm *Zukunftsperspektiven beruflicher Bildung* abgeschlossen. Das Grundsatzprogramm soll auf der BLVN-Delegiertenversammlung im November in Soltau beschlossen werden. Dazu erhalten alle Bezirksvorsitzenden und die Delegierten der Bezirke im Juli 2014 den vollständigen Text mit der Delegiertenmappe zugeschickt. Natürlich können auf der Delegiertenversammlung auch noch Änderungsanträge gestellt werden.

3. Flexible Altersteilzeit für Lehrkräfte ab Sommer 2015

Knapp ein Jahr nach der Entscheidung, die Altersermäßigung für Lehrkräfte nicht wie versprochen bereits ab 55 Jahren zu gewähren und sie auch nicht ab dem 60. Lebensjahr auf zwei Stunden zu verdoppeln, haben die Regierungsfractionen am Dienstag gemeinsam mit Kultusministerin Frauke Heiligenstadt das angekündigte neue Altersteilzeitmodell für verbeamtete Lehrer/innen und Schulleiter/innen vorgestellt: Ab dem 1. August 2015 sollen diese zwischen drei Optionen wählen können: 1. Wie bisher ab dem 60. Lebensjahr eine Stunde weniger unterrichten, regulär mit 65 Jahren in Pension gehen mit vollem Versorgungsanspruch. 2. Ab dem 60. Lebensjahr Teilzeit

arbeiten bis zur regulären Pensionsgrenze bei 30 Prozent weniger Gehalt und nur 80 Prozent des Versorgungsanspruchs. 3. Altersteilzeit im neuen Blockmodell: Verzicht auf Stundenreduzierungen in der aktiven Altersteilzeitphase – diese kann je nach Jahrgang bereits mit 55 Jahren beginnen; dafür ist der Eintritt in den Ruhestand bereits ab 61 Jahren möglich. Mit anderen Worten: Die Lehrkräfte gehen in Vorleistung, um früher den Dienst quittieren zu können – zu den gleichen finanziellen Bedingungen wie bei der herkömmlichen Altersteilzeit. Das Blockmodell sieht einen Mindestzeitraum von zweieinhalb Jahren oder fünf Halbjahren sowie einen Höchstzeitraum von zehn Jahren (20 Schulhalbjahren) vor. Das Verhältnis zwischen Arbeits- und Freistellungsphase bzw. aktiver und passiver Altersteilzeit ist 60 zu 40. Das neue Modell biete nicht nur mehr Flexibilität für die individuelle Lebensplanung, sondern auch den Schulleiter/innen, die bisher nur selten Teilzeit arbeiten konnten, die Chance, früher aus dem aktiven Dienst zu scheiden. Die Kultusministerin betonte, das neue Blockmodell werde nicht nur den besonderen Herausforderungen und Belastungen von Lehrkräften gerecht, sondern gebe dem Nachwuchs in Niedersachsen durch die Möglichkeit einer früheren Freistellung von Stelleninhaber/innen neue Perspektiven.

Der BLVN betrachtet diese Regelung als Mogelpackung, da die Entlastungen weitgehend von den Lehrern selbst finanziert werden. Wir bestehen darauf, dass die zugesagte Altersermäßigung von einer Stunde ab 55 Jahren und zwei Stunden ab 60 Jahren zügig umgesetzt wird! So kann das Altersteilzeitmodell jedenfalls nicht bleiben!

4. Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf: individuelle Unterstützung und enge regionale Vernetzung

Die BIBB-Studie "Gestaltung individueller Wege in den Beruf. Eine Herausforderung an die pädagogische Professionalität" verdeutlicht exemplarisch die Sichtweise von Lehrkräften der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, von sozialpädagogischen Fachkräften sowie Ausbilderinnen und Ausbildern, die am Übergangsgeschehen von der Schule in die Berufsausbildung beteiligt sind. In Interviews berichten sie aus ihrer Praxis, in der veränderte Anforderungen, neue Aufgaben durch individuelle Begleitung und Unterstützung der jungen Menschen sowie die Bildung von Netzwerken zentrale Bedeutung erhalten und eine Herausforderung für die Fachkräfte darstellen. Mehr Informationen unter: www.bibb.de – Forschung

5. Aktualisierte DQR-Website

Nach der Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (DQR) im Mai 2013 haben Bundesbildungsministerium und Kultusministerkonferenz den zugehörigen Internetauftritt aktualisiert. Neu ist die stärkere Ausrichtung auf Benutzergruppen (Lernende, Berufstätige, Unternehmen und Bildungseinrichtungen) und die Qualifikationsdatenbank mit Suchfunktion, über die sich das DQR-Niveau aller bereits zugeordneten Qualifikationen auffinden lässt. Mehr unter www.dqr.de

6. Beamtenbund fordert: MÜTTERRENTE - BEAMTE NICHT AUSSCHLIESSEN

Der dbb hat seine Forderung bekräftigt, Beamte gleichermaßen an den Verbesserungen im Rentenrecht, insbesondere an der Mütterrente, zu beteiligen. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle Mütter unabhängig von ihrem Beruf von der Neuregelung profitieren“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Ausgabe vom 2. Juni 2014) „Es gibt keinen Grund, die Beamtenschaft von Verbesserungen im Rentenrecht auszuschließen“, stellte

Dauderstädt fest. „Frühere Verschlechterungen wurden ja auch übertragen.“ Die Forderung des dbb Chefs: „Bund und Länder müssen die Neuregelung jetzt zügig und systemgerecht auf die Beamtenversorgung übertragen.“ Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums hatte erklärt, die Prüfung einer Übertragung der vereinbarten Verbesserung der Mütterrente auf die Beamten sei „noch nicht abgeschlossen“, berichtet der „Kölner Stadt-Anzeiger“. Bei den Ländern hat bislang nur die Staatsregierung in Bayern einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

7. Zukunft der Schulsozialarbeit weiterhin ungewiss

Die schulformübergreifende Sozialarbeit in Niedersachsen bleibt vorerst ein frommer Wunsch. Zwar hat das Kultusministerium jetzt auf eine entsprechende Anfrage von CDU-Landtagsabgeordneten versichert, es sei Ziel der Landesregierung, die soziale Arbeit an den Schulen als eine Säule eines leistungsfähigen Beratungs- und Unterstützungssystems zu installieren, zu stärken und systematisch in die schulische Arbeit zu integrieren. Dies setze aber eine gründliche Analyse der aktuell geleisteten Arbeit an den Schulen voraus, die von unterschiedlichen Zielsetzungen und Aufgabenbeschreibungen geprägt sei. Belastbare Daten stünden gegenwärtig nicht zur Verfügung. Gleichwohl werde derzeit an einem „inhaltlichen Gesamtkonzept“ gearbeitet, das die Ebenen Land und Kommune einschließlich Schule einbeziehe, teilte das Ministerium mit. Aktuell verteilt das Land auf der Grundlage der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Durchführung sozialpädagogischer Maßnahmen zur Berufsorientierung und Berufsbildung“ Zuwendungen an die Schulträger. Das sogenannte Hauptschulprofilierungsprogramm ist mit rund 13,5 Millionen Euro pro Jahr bis zum Jahr 2016 abgesichert worden. Damit werden für Schüler/innen an Hauptschulen, in Hauptschulzweigen zusammengefasster Schulen, an Oberschulen und an Kooperativen Gesamtschulen sowie in Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen spezifische Maßnahmen von sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen finanziert, die auf den Übergang Schule-Beruf vorbereiten. Um den Beschäftigten und den Schulen Planungssicherheit zu geben, sei eine Verlängerung der bestehenden Zuwendungsrichtlinie zunächst für zwei Jahre beabsichtigt. Die Kontinuität der Beschäftigung sozialpädagogischer Fachkräfte sei für die betroffenen Schulen von großer Bedeutung und im Hinblick auf die beabsichtigte Weiterentwicklung der schulischen Sozialarbeit im Landesinteresse. Zum künftigen Mitteleinsatz könnten gegenwärtig aber noch keine Aussagen getroffen werden, heißt es. Gleichzeitig stehen aber durch den Wegfall von Bundesmitteln landesweit Stellen zur Disposition, die bisher vom Bund, vom Land und den Kommunen finanziert wurden. Vor diesem Hintergrund hatte sich die Kreisvorstandskonferenz des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes kürzlich mit einer Resolution an die Bundes- und Landesregierung gewandt sowie die Landtagsfraktionen aufgefordert, die Sozialarbeit und Sozialpädagogik an allen Schulen auszubauen, dauerhaft abzusichern und die entsprechenden Mittel bereits in den Landeshaushalt 2015 einzustellen.

8. Karrieren mit Konzept: „Berufsbildung attraktiver gestalten - mehr Durchlässigkeit ermöglichen“

BIBB-Kongress 2014 - 18./19. September 2014 - Berliner Congress Centrum

Der diesjährige BIBB-Kongress steht unter dem Motto: "Berufsbildung attraktiver gestalten - mehr Durchlässigkeit ermöglichen". Die Berufsausbildung ist der Kern der Marke "Made in Germany" und für die Fachkräftesicherung in Deutschland unabdingbar. Gemeinsam mit der beruflichen Weiterbildung bietet sie darüber hinaus eine hervorragende Grundlage für Karrieren in Industrie, Handel, Handwerk sowie Dienstleistungs- und Wissensbranchen. Es steigen jedoch die Herausforderungen im

eigenen Land. Die Zahl der Ausbildungsverträge sinkt, und der Wunsch der jungen Generation, zu studieren, war noch nie so groß wie heute. Es gilt, die duale Berufsausbildung künftig auch für leistungsstarke Schulabgänger attraktiv zu machen. Der Kongress bietet Interessierten von Politik, Wissenschaft und Berufsbildungspraxis aus dem In- und Ausland eine Diskussion-Plattform, um gemeinsam Antworten auf die drängenden Fragen der beruflichen Bildung zu geben.

Mehr unter: www.bibb.de/kongress2014

9. Fachdidaktik Berufsbildung

Die Internetplattform Lehrer online versammelt hier Beiträge zur allgemeinen Methodik und Didaktik in der Beruflichen Bildung. Fragen sind unter anderem: Wie nähere ich mich mit den Schülerinnen und Schülern an meinem Berufskolleg dem ganz grundlegenden Thema des Umgangs mit Computer und Internet oder digitalen Medien im Allgemeinen und dem Ausbau deren Medienkompetenz? Kann E-Learning so viel erreichen wie versprochen wird? Und sind Lernortkooperationen die Lösung, wenn es um das Auffangen von möglichen Ausbildungsschwächen im Betrieb geht?

<http://www.lehrer-online.de/fachdidaktik-berufsbildung.php>

10. „Entscheidung im Unterricht“

Das Arbeitsmaterial "Cybermobbing. Ignorieren oder anzeigen?" behandelt Mittel und Folgen von Cybermobbing. Zudem zeigt es mögliche Handlungsstrategien für Betroffene, unterschiedliche Rollen und sensibilisiert Jugendliche zum persönlichen Datenschutz. Das Lernkonzept "Entscheidung im Unterricht" richtet sich an Werkreal- und Haupt- sowie Berufsschülerinnen und -schüler zwischen 16 und 23 Jahren.

<http://www.bpb.de/shop/lernen/entscheidung-im-unterricht/>

11. Altersdiskriminierung im Besoldungsrecht

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin zur Altersdiskriminierung im Besoldungsrecht bestätigt. Niedersachsen erarbeitet bereits im Vorgriff, wie auch andere Bundesländer, einen Gesetzentwurf, der eine Überleitung des bisherigen Systems des Besoldungsdienstalters auf Erfahrungsstufen vorsieht. Finanzminister Peter-Jürgen Schneider sieht sich daher durch das EuGH-Urteil bestätigt. In Niedersachsen soll sich demnach die Besoldung nach den jeweiligen beruflichen Erfahrungen und nicht mehr wie bislang nach dem Alter der Landesbeamten richten. Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung mit den Ressorts und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. Gegenwärtig sind in Niedersachsen etwa 17 500 Widerspruchsverfahren von Landesbeamten, die zu der Rechtsproblematik anhängig sind, ruhend gestellt, teilte das Finanzministerium am Donnerstag mit. Schneider verwies allerdings darauf, dass sich aus dem EuGH-Urteil noch keine unmittelbare Rechtsverpflichtung ergebe. Es bleibe zunächst abzuwarten, welche Urteile das Verwaltungsgericht Berlin und das Bundesverwaltungsgericht fällen werden.

12. BLOK – Das Online-Berichtsheft

BLok ist Deutschlands erster Online-Ausbildungsnachweis, der über alle Lernorte der Berufsausbildung funktioniert. Die Auszubildenden eines Ausbildungsbetriebes können ihre Berichtshefte online führen. Die verantwortlichen betrieblichen Ausbilder haben die Möglichkeit die Berichtsheftwochen dann ebenso zeit- und ortsunabhängig einzusehen und abzunehmen, wie die Berufsschullehrer und die überbetrieblichen Ausbilder. Selbst die Kammer kann sich beteiligen und die Berichtshefte zur Prüfung online entgegen nehmen. Die Nutzung von BLok ist für Auszubildende kostenfrei.

<https://www.online-ausbildungsnachweis.de/portal/>

13. BIBB: Vergleichbare Abschlüsse in ganz Europa

Die Europass Zeugniserläuterungen werden einem beruflichen Abschlusszeugnis beigefügt und erläutern die Qualifikationen und Kompetenzen, die im Rahmen eines Berufsabschlusses erworben werden. Zudem geben sie Hinweise zu Dauer, Art und Niveau der Ausbildung sowie zum Bildungsgang, über den dieser Berufsabschluss erreicht werden kann. Während für fast alle Berufe der dualen Ausbildung Zeugniserläuterungen vorliegen, fehlten diese bislang für vollzeitschulische Aus- und Weiterbildungsberufe. Nun liegen auch für diese erste Zeugniserläuterungen vor.

Knapp 20 Prozent aller Jugendlichen, die sich für eine berufliche Erstausbildung entscheiden, absolvieren diese als vollzeitschulische Ausbildung. Das geschieht in der Regel an den Berufsfachschulen, deren Inhalte und Angebote je nach Bundesland variieren. Denn während Berufsausbildungen im dualen System bundesweit geregelt sind, orientieren sich die vollzeitschulischen Bildungsgänge an den jeweiligen Landesgesetzen.

Mehr: <http://www.europass-info.de/>

14. BMBF: "Bildung in Deutschland 2014"

Am 13.06.2014 haben die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) den Bericht "Bildung in Deutschland 2014" vorgestellt. Der mittlerweile fünfte Bildungsbericht beschreibt die Gesamtentwicklung des deutschen Bildungswesens und widmet sich in seinem Schwerpunktkapitel dem Thema "Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem".

Quelle: <http://www.bmbf.de/press/3619.php>